



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

20 Jahre Universität - Gesamthochschule Paderborn

Blömeke, Sigrid

Paderborn, 1993

Bilanz der Reformarbeit

urn:nbn:de:hbz:466:1-39078

Bilanz der Reformarbeit

Grundsätzlich war es eine mutige Entscheidung des damaligen nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministers Johannes Rau (SPD), fünf Gesamthochschulen gleichzeitig zu errichten. Im Jahr 1971 existierten für die neue Hochschulform keine Vorbilder. Der groß angelegte Gesamthochschulversuch in Baden-Württemberg war schon in der Planungsphase gescheitert. Das Kabinett der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ging ein nicht geringes Risiko ein, mit den Neugründungen ebenfalls Schiffbruch zu erleiden und damit einen kaum wiederzumachenden hochschulpolitischen Schaden anzurichten. Aus dieser Konstellation heraus erklärt sich der Druck, der vor allem in der Anfangsphase auf den Gesamthochschulen lastete: Sie mußten schnell funktionieren - sie standen unter Erfolgszwang - und sie mußten beweisen, daß sie in ihrer Leistungsfähigkeit herkömmlichen Universitäten ebenbürtig waren.

So läßt es sich erklären, daß von den ursprünglich mit der Gesamthochschule verfolgten Reformzielen sich manches nicht umsetzen ließ.- Dies ist nicht allein auf die Hochschulpolitik des Landes NRW zurückzuführen, sondern auch auf die Zwänge der föderalen Struktur der Bundesrepublik. So blieb von der ursprünglich vorgesehenen bundesweiten Einführung der Gesamthochschule im Hochschulrahmengesetz des Bundes nicht viel mehr als eine unverbindliche Empfehlung übrig. Konservativ geführten Bundesländern wurde auf diese Weise die Einrichtung von Gesamthochschulen freigestellt. Folge: Die Gesamthochschulen konnten nicht als allgemeingültige Hochschulform durchgesetzt werden. Die duale Hochschulstruktur, hier Fachhochschulen und dort Universitäten, blieb erhalten, weil nach 1972 die Reformbegeisterung in Restauration umschlug und sich die Universitäten von Anfang an gegen eine Integration sträubten.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung verfolgte mit der Einführung von integrierten Gesamthochschulen drei Ziele: Zunächst galt es, das Angebot an Studienplätzen zu erweitern, um die alten Hochschulen zu entlasten und den geburtenstarken Jahrgängen gute Studienchancen zu eröffnen. Neben diesen gesellschaftspolitischen Aspekt trat der zweite, strukturpolitische: Durch ein flächendeckendes Netz von Hochschulen und ihre geographische Nähe zum Wohnort sollten die Studienmotivation gesteigert, kulturelle Impulse in bislang bildungsferne Regionen gebracht werden und die regionale Wirtschaft durch Forschungs- und Entwicklungstransfer neue Impulse erhalten. Der dritte Aspekt bezieht sich auf die Hochschulpolitik. Durch abgestufte und aufeinander bezogene Studiengänge wurden eine Reform und Neuordnung des Studiensystems, u. a. mit dem Ziel von Studienzeitverkürzung und größerer Praxisorientierung, angestrebt. Um dies zu erreichen, sollten alle vorhandenen Hochschuleinrichtungen zu Gesamthochschulen zusammengeführt werden.

Die Tatsache, daß überdurchschnittlich viele Arbeiterkinder an den Gesamthochschulen Nordrhein-Westfalens studieren, kann als Indiz für die erfolgreiche Öffnung der Hochschule gelten. Die im Vergleich zu anderen Hochschulen höhere Zahl von BAFöG-Empfängerinnen und -Empfängern zeigt die Bereitschaft einkommensschwacher und meist bildungsferner Schichten, die Chance eines Hochschulstudiums an einer Gesamthochschule in der Region zu nutzen.

Das Konzept der Regionalisierung hat also das gehalten, was sich die Landesregierung davon versprochen hat. Abiturienten und Fachhochschüler mit niedriger sozialer Herkunft scheinen weniger mobil zu sein als Absolventen höherer sozialer Herkunft und nehmen nur geringe Entfernungen zwischen Heimat- und Studienort in Kauf. Auch im Fall Paderborns erleichtert die Nähe zur Hochschule den Schritt zum Studium für junge Leute zum Beispiel aus dem Sauerland. Allein am Hauptstandort Paderborn stammen zwei Drittel der Studierenden aus dem Nah-einzugsgebiet, und nicht einmal jeder Siebte kommt aus einem anderen Bundesland.

Der Anteil der Arbeiterkinder an der Gesamtzahl der Studierenden sank jedoch zwischen 1980 und 1989 wieder von 24 auf 18%. Hierbei handelt es sich um einen bundesweiten Trend, wobei Paderborn immer noch deutlich über dem Durchschnitt liegt. Die gelungene Öffnung der Hochschule für bislang bildungsferne Schichten wurde durch politische Maßnahmen - vor allem auf Bundesebene - zum Teil wieder aufgehoben. Die zeitweilige Umstellung des BAFöG auf Darlehen, die Streichung der Stipendien für Oberstufenschülerinnen und -schüler, Warnungen vor Akademikerarbeitslosigkeit und Werbung für eine praktische Berufsausbildung behindern zuerst den Aufstiegswillen sozial schwächerer Gruppen und von Frauen. Anders als um 1970, als ein akuter Mangel an hochqualifizierten Fachkräften Befürchtungen um Wirtschaftswachstum und Wohlstand aufkommen ließ, wird in Zeiten der Wirtschaftskrise die Benachteiligung „bildungsferner“ Schichten nicht mehr öffentlich zur Kenntnis genommen.

Die am Beginn der Gesamthochschulentwicklung von konservativen Verbänden und traditionellen Universitäten geäußerte Befürchtung, die Öffnung der Hochschulen für Studienanfänger ohne Abitur hätte unweigerlich ein sinkendes Bildungsniveau zur Folge, hat die Praxis der Gesamthochschule eindeutig widerlegt: Verschiedene Untersuchungen, wie beispielsweise am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Uni-GH Paderborn, belegen, daß Absolventinnen und Absolventen dieses Fachs weder schlechtere Berufschancen noch längere Wartezeiten bis zur Ersteinstellung haben als Absolventen herkömmlicher Universitäten. Darüber hinaus hat eine Studie an der Gesamthochschule Essen ergeben, daß innerhalb integrierter Studiengänge Fachoberschüler keine signifikanten Leistungsunterschiede im Verhältnis zu Abiturienten aufweisen.

In der Konzeptionsphase der integrierten Gesamthochschule war eine weitreichende Mitbestimmung der Hochschulangehörigen auf allen Ebenen der Selbstverwaltung vorgesehen. Die auch vom NRW-Wissenschaftsministerium angestrebte Beteiligung aller Statusgruppen in Drittelparität an wichtigen hochschulpolitischen Fragen wurde jedoch durch das Bundesverfassungsurteil vom Mai 1973 abgeblockt. Es legte fest, daß Professoren in Hochschulgremien die einfache Mehrheit haben müssen. Darüber hinaus schränkte das Hochschulrahmengesetz in verschiedenen Novellierungen die Mitsprachemöglichkeiten der „nichtprofessoralen“ Statusgruppen weiter ein. Nach dem Verbot der Drittelparität wurde die einfache Mehrheit und schließlich die absolute Mehrheit der Professoren in Hochschulgremien vorgeschrieben.

In der Frage der Eingriffsrechte des Wissenschaftsministeriums zeigte sich der Nachteil neugegründeter Hochschulen gegenüber der gewachsenen und gefestigten Autonomie der alten Universitäten. Die im Gesamthochschulgesetz vor-

gesehenen administrativen Eingriffsmöglichkeiten des Wissenschaftsministers sollten zwar der Beschleunigung der Aufbauphase dienen, schränkten aber gleichzeitig die Hochschulautonomie ein. Mit Abschluß der Gründungsphase sind die Gesamthochschulen den anderen wissenschaftlichen Hochschulen des Landes gleichgestellt.

Ein Erfolg war die Studienreform. Die integrierten Studiengänge vereinen die Vorteile von Fachhochschul- und Universitätsstudiengängen: starker Praxisbezug und Öffnung für Fachoberschulabsolventen bei gleichzeitiger wissenschaftlicher Ausrichtung. Die Außenstellen der Universität-Gesamthochschule Paderborn müssen sich allerdings mit reinen Fachhochschul-Studiengängen zufrieden geben: Hier stellten sich die integrierten Studiengänge schon kurz nach ihrer Einführung als zu teuer heraus und wurden eingestellt.

Gemessen an den Empfehlungen des Wissenschaftsrats von 1970 kann sich aber der inhaltliche Erfolg der Studienreform trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen durchaus sehen lassen. Die damals empfohlenen Kurz- und Langzeitstudiengänge sind heute in vielen Fächern alltägliche Praxis. In Paderborn gilt das für die Bereiche Ingenieurwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, einige Naturwissenschaften und die Informatik. Vielleicht nicht zufällig sind das die Fächer, auf die der gute Ruf der Hochschule im wesentlichen zurückgeht.

Nicht im gewünschten Maße ließ sich die Forderung nach Studienzeitverkürzung umsetzen. Doch wenn es selbst in konventionellen Studiengängen auf Grund des enormen Stoffwachstums nicht gelingt, die Studienzeiten deutlich zu verkürzen, wie soll es dann in einem Reformmodell funktionieren, ohne den Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit einer mangelhaften Ausbildung zu riskieren? Wenn im Grundstudium auf verschiedene Eingangsqualifikationen Rücksicht zu nehmen, ein unerprobtes Modell unter besonderem Anerkennungs- und Zeitdruck umzusetzen war, wobei hochgespannte Studienziele wie die Förderung der beruflichen Mobilität mitverfolgt werden sollten, dann erscheint das bisher Erreichte respektabel. Das wird noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, daß sich die Studienzeiten an der Universität-Gesamthochschule Paderborn im Vergleich zu allen anderen Hochschulen am unteren Rande befinden.

Was ist aber aus der Diskussion um „forschendes Lernen“ und „emanzipatorische Lernziele“ geworden, was wurde aus der „intrensischen Motivation“, die den inneren Antrieb nicht durch Leistungs- und Prüfungsdruck, sondern durch eigenes Interesse erzeugen wollte? Und was wurde in Paderborn aus dem fächerübergreifenden Projektstudium, das der Gründungssenat 1972 forderte und das heute an der Gesamthochschule Kassel erfolgreich praktiziert wird? Der mehr theoriebezogene HII-Studiengang unterscheidet sich im Curriculum nur wenig von der Forschungs- und Ausbildungspraxis herkömmlicher Universitäten. Angesichts der Fülle der Aufgaben, die die Hochschulangehörigen der ersten Stunde zu bewältigen hatten, ist dies jedoch zu verstehen. Insgesamt 68 Ordnungen - von der Studien- bis zur Habilitationsordnung - mußten in mehreren Gremien beraten und verabschiedet werden. Schließlich mußten nicht nur die integrierten Studiengänge, sondern auch die wissenschaftlichen Studiengänge außerhalb der Lehrerausbildung neu konzipiert werden. Darüber hinaus waren zahllose Berufungsverfahren durchzuführen, um die Neugründung personell auszubauen. Das verdient große Anerkennung.

Die anfänglichen Zweifel am wissenschaftlichen Prestige von Gesamthochschulen wurden in Paderborn spätestens mit der Aufnahme der Hochschule in die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1979 ausgeräumt. Durch ihre Wissenschaftspraxis hat sich die Gesamthochschule schnell Anerkennung erworben. Die rapide Entwicklung bei der Einwerbung von Drittmitteln ist ein sicheres Indiz für die Anerkennung durch Forschungsinstitutionen und die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen. Im Landesdurchschnitt aller Hochschulen belegt Paderborn bei der Drittmitteleinwerbung, gemessen am prozentualen Anteil am Gesamthaushalt, den ersten Platz. Ein bekanntes Beispiel von gelungener Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Privatwirtschaft bietet die Kooperation mit der Nixdorf Computer AG. Darüber hinaus bestehen zu zahlreichen kleineren Wirtschaftsunternehmen enge Beziehungen. Projekte werden aber auch mit den Arbeitnehmerorganisationen, den Gewerkschaften, durchgeführt. Der strukturfördernde Aspekt der Regionalisierung der Hochschullandschaft macht sich hier positiv bemerkbar und wird von der Hochschule aktiv unterstützt. Die eigentlich kritische Forderung um 1970, die die herkömmliche Wissenschaftspraxis in Frage stellte, war jedoch, daß Forschung gesellschaftlichen Zielen dienen sollte, die unter dem Begriff Emanzipation zusammengefaßt wurden. Trotz der Schwammigkeit dieses Begriffs, war damals den Beteiligten klar, was damit gemeint war: Wissenschaft sollte nicht einseitig für bestimmte Interessen der herrschenden wirtschaftlichen und politischen Gruppen verfügbar gemacht werden.

Die Frage, welchen Interessen die Wissenschaft dient, gilt heute noch als Relikt der 68er Bewegung. Die Verantwortung der Natur- und Ingenieurwissenschaften für die Folgen ihrer Forschung ist immer wieder thematisiert worden, aber bis heute nicht gelöst. Obwohl das Heinz-Nixdorf-Institut unter anderem diese Diskussion als Aufgabe hat, wird sie nur allzu gern den Geisteswissenschaften überlassen. Der in den 70er Jahren selbstverständliche Doppelcharakter von Bildung, zugleich Ausbildung und Emanzipation zu sein, ist zurückgetreten und hat einer stärker ausbildungsorientierten Sichtweise Platz gemacht. Dies bedarf der Reflexion: Wird der individuelle Entscheidungsspielraum übermäßig reglementiert? Tritt die Befähigung zum verantwortungsbewußten Handeln zurück hinter instrumenteller Rationalität und individualistischem Leistungsdenken? Oder anders: Dient das Recht auf Bildung auch der Emanzipation des Einzelnen oder nur der stromlinienförmigen Aneignung der von den Arbeitgebern geforderten Qualifikationen?

Die Rolle der Hochschule in der Gesellschaft sollte gerade bei dem Reformmodell Gesamthochschule auf dem Lehrplan stehen. Das kritische Hinterfragen der eigenen Geschichte rückt die unverwirklichten Erwartungen wieder ins Bewußtsein. Bei aller berechtigten Zufriedenheit der Lehrenden, Lernenden und Arbeitenden mit dem Erreichten an ihrer Hochschule bleiben nach 20 Jahren im Hinblick auf die ursprünglichen Ziele doch Chancen ungenutzt und wurden angelegte Möglichkeiten nicht realisiert.